

**1. Beigeordneter und Kämmerer
Michael Kotulla**

**Rede zur Einbringung des Haushalts 2002 in der Sitzung
des Rates der Stadt Bergisch Gladbach am 18.12.2001**

Sehr verehrte Frau Bürgermeisterin,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Bundeskanzler Schröder hat unlängst seinen Besuch bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Leipzig sinngemäß mit folgendem Ausspruch begonnen: „Ich freue mich, bei reichen Verwandten sein zu können.“ Ihm wurde sehr schnell klar gemacht, dass, was den Reichtum anbelangt, er wohl auf der falschen Veranstaltung wäre.

Während zurzeit in Berlin noch darüber gerätselt wird, ob sich Deutschland am Rande, auf dem Wege oder schon in einer Rezession befindet, sprechen die Zahlen, von denen die Städte und Gemeinden abhängig sind, nämlich insbesondere die Gewerbe- und Einkommensteuer, auch in unserer Stadt eine deutliche Sprache: über 12 Mio. DM weniger an Gewerbesteuer-einnahmen und 5 Mio. DM minus bei der Einkommensteuer in diesem Jahr.

Das führt dazu, dass wir für das Jahr 2002 - und ab jetzt drücke ich mich in Euro aus – statt eines ursprünglichen Haushaltslochs von 2,1 Mio. € plötzlich eine Deckungslücke von rd. 4 Mio. € hatten. Wie immer bei der Einnahmeseite, gingen wir auch bei dieser Berechnung von den Orientierungsdaten des Landes aus. Danach sollte die Gewerbesteuer im Jahre 2002 um 12,8 % und die Einkommensteuer um 6,6 % steigen. Mitten in der Aufstellung unseres Haushaltsplanentwurfs, also Ende Oktober, berichtigte das Land diese Orientierungsdaten: Es ging bei der Gewerbesteuer von 12,8 auf 5 % und bei der Einkommensteuer von 6,6 auf 3 % runter – das Ergebnis der letzten Steuerschätzung.

Die Schlüsselzuweisungen sollten ursprünglich um 3,1 % steigen, sie steigen jetzt nur noch um 0,1 %.

Dafür wird den Gemeinden die Krankenhausfinanzierung durch eine Umlage zugemutet. Über Nacht, meine Damen und Herren, stieg somit unser aktuelles Haushaltsloch von 4 Mio. € auf rund 7 Mio. €. Es ist ein schwacher Trost, dass wir uns in guter Gesellschaft mit den anderen Städten befinden. Innenminister Behrens spricht von einem Rekordfehlbedarf von 2 Mrd. € in Nordrhein-Westfalen.

Nun wird uns in den letzten Tagen Untätigkeit vorgeworfen, wir hätten sozusagen die Zügel schleifen lassen. Hier wird nicht nur, meine Damen und Herren, Ursache und Wirkung verwechselt und völlig unberücksichtigt gelassen, dass keine Mark unseres Haushaltslochs haushaltsgemacht ist, sondern durch einen noch nie da gewesenen Absturz der Steuern zustande kam, es wird auch bewusst oder unbewusst verschwiegen, dass wir durch eine interne Sperre 2001 ca. 6 Mio. DM der beschlossenen Haushaltsplanansätze gekürzt haben und das Budget 2002 nochmals um diese Summe kürzen mussten, dass wir durch eine 6monatige Wiederbesetzungssperre die Personalkosten im Griff behielten und dass wir mittelfristig durch eine schonungslose Produktkritik so manche „heilige Kuh“ anpacken wollen, und zwar mit Ihnen gemeinsam, meine Damen und Herren.

Dabei gehören seriöse Vorschläge auf den Tisch.

Apropos Personalkosten: Während ich lesen konnte, wir sollten 10 % der Personalkosten kürzen, brüsten sich die Chefs der ver.di-Gewerkschaft mit Komplimenten für die 7 %-Forderung

der IG Metall und halten die auch für ihre Gewerkschaft für zulässig. Wer Personalkosten in dem genannten Umfang reduzieren will, wird dem Bürger im Rahmen unserer Produktkritik klar sagen müssen, welche Standards er abbauen, von welchen Aufgaben er sich trennen und welche davon er möglicherweise privatisieren will. Ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, bin dazu bereit und wir werden Anfang des neuen Jahres dem Lenkungsausschuss entsprechende Vorschläge unterbreiten. Ich freue mich heute schon auf die Knochenarbeit dort.

Wenn ich Ihnen, meine Damen und Herren, wiederum und nun schon in Folge trotz dieser dramatischen und anhaltenden Steuerausfälle und der dunklen Signale aus Düsseldorf und Berlin einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann, dann war dies nur unter – ich sage das sehr persönlich – noch nie erlebten Anstrengungen möglich:

- 20 % Budgetkürzung durch alle Fachbereiche und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
- 0,4 Mio. € Abführung aus Grundstücksverkäufen an den Zentralhaushalt
- 1 Mio. € durch Unterschreitung der Mindestrücklage
- 2,5 Mio. € aus Mitteln der Bäder GmbH im Rahmen einer Gewinnausschüttung
- 3,5 Mio. € Zuführung auf Grund neuer Finanzierungsmodelle bei Gebäudesanierungen

Jeder dieser Deckungsbeiträge ist diskussionswürdig. Für zusätzliche Deckungsvorschläge und Alternativen wäre ich sehr dankbar. Mein Ziel war es – und das sollte unser gemeinsames Ziel sein –, alles zu versuchen, die Eigenverantwortung dieses Rates zu erhalten und deshalb ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden.

Lassen Sie mich zu den inzwischen auch in der Öffentlichkeit diskutierten beiden letzten Deckungsmitteln meine Meinung sehr deutlich sagen.

Die Inanspruchnahme von Mitteln der Bäder GmbH ist im Ziel kein Abgehen von der nach wie vor richtigen Entscheidung, nicht das Kapital anzugreifen. Hier geht es um eine Entnahme auf Zeit in schwieriger Haushaltslage. Jeder Cent ist zurückzuzahlen, und wir werden jeden Euro in der gleichen Höhe verzinsen wie zurzeit die Erträge aus den Fonds dies hergeben. Sicher, meine Damen und Herren, und das will ich überhaupt nicht beschönigen, sind dies Schulden auf Zeit und wer dies nicht will, wird sich eine andere Deckung überlegen müssen. Mir ist keine eingefallen bei ca. 10 Mio. € Steuerausfällen. Erst wenn die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft wieder stimmen und das Wirtschaftswachstum sich abzeichnet, fließen wieder Steuern, dann gibt es wieder Arbeitsplätze und die Sozialkassen werden entlastet.

Was eine neue – ich füge hinzu – intelligentere Finanzierungsart für Gebäudesanierungen anbelangt, so stehe ich auch dazu aus voller Überzeugung. Sale and lease back ist nur eine Variante. Sie ist übrigens in der Wirtschaft an der Tagesordnung und in den übrigen Bundesländern ständige Praxis auch in der öffentlichen Hand, in Nordrhein-Westfalen bis vor ca. 4 Jahren ebenfalls als zulässig anerkannt. So ist die Sanierung des Kreishauses über dieses Modell gelaufen, wenn auch aus völlig anderen Motivationen heraus. Aber, meine Damen und Herren, wir denken natürlich auch über Alternativen nach. Bei einem Sanierungstau von ca. 50 Mio. € muss man sich bei dieser Haushaltslage schon etwas einfällen lassen. Wenn es uns gelingt, Sanierungen schneller und etwas günstiger durchzuführen, tun wir unseren Schulen einen größeren Gefallen, als über die Veranschlagung in unserem Haushalt über viele Jahre hindurch Sanierungsmaßnahmen durchzuschleppen. Wenn dabei

auch noch ein Brocken als Haushaltsdeckung übrig bleibt - wo, meine Damen und Herren, ist dann das Problem?

Da wir keine Zeit haben, den Innenminister von der Richtigkeit des klassischen „Sale-and-lease- back-Verfahrens“ zu überzeugen – pikanterweise können neue Schulgebäude aus Mitteln der Schulbaupauschale geleast werden, nur eben keine zu sanierenden. Da wir also diese Zeit nicht haben, denken wir zurzeit über Alternativen nach, z.B. eine Nießbrauchs- oder Erbbaurechtsregelung; das Eigentum bliebe also bei uns. Ein kapitalisierter Erbbau- oder Nießbrauchzins brächte uns den gewollten Deckungsbetrag. Die Sanierung selbst wird auf Grund vertraglicher Regelungen durch einen privaten Dritten erledigt. Zurzeit lassen wir Konzepte erstellen, in denen die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werden kann. Hier wird weder Tafelsilber abgegeben, noch – wie ich lesen konnte – eine elegante Neuverschuldung entdeckt. Wer aber auch das nicht will, ja sogar bei 50 Mio. € Sanierungskosten die Schulden abbauen will, die fast ausschließlich in der Schulsanierung ihre Begründung haben, der soll bitte sagen, wie das gehen soll, oder den Schulen klar erklären, dass eben nichts mehr gehen kann.

Apropos Schulden: 2002 haben wir einen Kreditbedarf von ca. 4,9 Mio. €, das sind 1,7 Mio. € weniger, als wir sie in der Finanzplanung ausgewiesen haben. Von diesen 4,9 Mio. € gehen 3,7 Mio. € als Eigenanteil in die Schulsanierung. In Höhe von 1,8 Mio. € nehmen wir dafür die Schulbaupauschale in Angriff. Wenn Sie die Investitionszuschüsse von Jugendfreizeitheimen und Kindertagesstätten dazu rechnen, dann sollten wir das Wort von der Schuldenspirale sehr vorsichtig wählen.

Ein anerkennendes Wort zur Schulbaupauschale des Landes: Dies ist ein richtiger Weg, weil sie Flexibilität bei der Veranschlagung und die Entscheidung vor Ort beinhaltet. wir rechnen in Bergisch Gladbach im Jahre 2002 mit knapp 2,7 Mio. € Schulbaupauschale, davon gehen rd. 823.000 € in die Schulunterhaltung, der Rest in das Schulsanierungsprogramm. Insgesamt geben wir für die Schulen über 7 Mio. € für Sachkosten aus.

Die Kultur schlägt einschließlich der Personalkosten bei den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen mit knapp 5 Mio. € zu Buche; der Sozialbereich mit 11,2 Mio. € (Sachkosten) und der Jugendbereich mit knapp 20 Mio. € (Sachkosten). Diese Summen zeigen, dass wir im Rahmen unserer kommunalen Selbstverwaltung – und dabei soll es ja bleiben – enorme Summen für unsere Bürger und die Infrastruktur unserer Stadt leisten.

Meine Damen und Herren, trotz aller Anstrengungen beinhaltet auch der Haushaltsplan noch Risiken. Sie liegen – wie schon 2001 – in dem Steueraufkommen. Ein weiterer Erdrutsch reißt neue Löcher. Auch dieser Haushaltsplan, der mathematisch ausgeglichen ist, ist natürlich nicht nach der „reinen Lehre“ aufgestellt und das auch schon in Folge. Kreative Buchführung ist das Wort, das uns aber bisher vor den schlimmsten Auswirkungen gerettet hat. Die nächsten Jahre werden nicht besser. Strukturell werden wir unsere Haushaltspläne wie alle anderen Städte auch nur durch zwei Schritte ausgleichen: zum einen durch die konsequente Aufgaben- bzw. Produktkritik, wobei wir auch vor unseren eigenen vertrauten Strukturen nicht Halt machen dürfen. Sie können in kommunalen Haushalten nur gravierend ei den Personal- und Sozialkosten sparen. Letztere sind in starkem Maße gesetzlich geregelt. Das Einsparen von Personalkosten hat aber eine natürliche Grenze, wenn es nicht gepaart ist mit der Aufgabe von Standards, den Abschied von zurzeit von der Stadt erfüllten Aufgaben und der Herstellung von Synergieeffekten in der gesamten Organisation.

Der zweite Schritt, meine Damen und Herren, öffentliche Haushalte zu gesunden, ist eine grundlegende Gemeindefinanzreform. Die Städte mahnen diese seit Jahren an. In der nächsten Legislaturperiode soll sie angepackt werden. Hoffentlich dauert sie dann nicht wieder neun Jahre, wie die letzte Reform. Denn diese Zeit haben die Städte nicht mehr.

Wenn eine Großstadt im Ruhrgebiet zurzeit höhere Überziehungs- oder richtig ausgedrückt Kassenkredite hat, als das gesamte Haushaltsvolumen ausmacht, dann spricht dies eine deutliche Sprache. Endlich scheinen auch Stimmen aus der Landes- und Bundespolitik Gewicht zu bekommen, die über die „heilige Kuh“ der Gewerbesteuer nachdenken. Wenn es noch eines Beweises für die Unberechenbarkeit dieser Steuer bedurft hätte, dann sind es die erdrutschartigen Bewegungen in diesem Jahr.

Dies ist eine Steuer der Vergangenheit, die für die Zukunft der Gemeinden nichts mehr bringen kann. Der Gesetzgeber hat Vorschläge genug auf dem Tisch, z.B. die Beteiligung der Städte an der Einkommensteuer mit eigenem Hebesatzrecht – und da sind ja schon Anfänge gemacht – und bei der Umsatzsteuer. Auf keinen Fall darf die Gewerbesteuer revitalisiert werden, wie es heute immer noch in den Hirnen auch und gerade von den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände gefordert wird. Schon heute zahlen die Großen diese Steuer nicht mehr, der Mittelstand sehr wohl. Eine Ausdehnung von Steuerpflichtigen wird neue Freibeträge und neue Schlupflöcher mit sich bringen, aber keine Mark mehr in die Kassen der Städte. Der Abbau weiterer Arbeitsplätze wird vorprogrammiert sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der Vorlage dieses Haushalts galt es zunächst, die aktuellen Einbrüche mit zugegebenermaßen diskussionswürdigen Mitteln auszugleichen. Ebenso erschreckend ist natürlich unsere Finanzplanung. Deswegen haben wir dort ab 2003 notwendige Auswirkungen unserer Produktkritik zunächst einmal als Selbstbindung ziffernmäßig dargestellt. Was 2003 anfangen soll zu wirken, muss 2002 sehr schnell beschlossen werden.

Ich weiß, meine Damen und Herren, dass ich Ihnen mit diesem Haushaltsplan eine Menge zumute. Einerseits ist wenig Handlungsspielraum vorhanden; andererseits lässt sich über einzelne Inhalte sehr wohl streiten.

Wenn der Finanzminister unseres Landes die neuen Haushaltslöcher mit einer Schuldenaufnahme von 3,3 Mill. DM ausgleichen will und diese dadurch begründet, dass er sagt, Kürzungen in den einzelnen Ressorts seien illusorisch, da hierzu langwierige Verhandlungen im Kabinett und mit den Regierungsfractionen notwendig seien, so können wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, feststellen, unser Kurs stimmt, wir sind eher gestartet und können nun Gas geben.

Ich danke Ihnen.